



## Zukunftswerkstatt

## Zukunft für Familien



### Landesverbandstag

- ◆ Informationsverteilung modernisieren

### Generationenvertrag

- ◆ Weniger Geburten in Baden-Württemberg
- ◆ Lebensträume der Rentner

### Aktuelles

- ◆ Wohngeld
- ◆ Kinderlärm
- ◆ Digitale Welten





## Editorial

*Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Verbandsfamilien,*



wie zu befürchten war, haben wir alle turbulente Monate mit gesellschaftspolitischen Diskussionen und familienpolitischen Änderungen hinter uns und es bedarf wenig Fantasie anzumerken, dass diese Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sein werden. Bemerkenswert ist, wie schnell eine Bundesregierung einen Wechsel in der Energiepolitik zugunsten der Laufzeitenverlängerung der Atomkraftwerke vollzogen hat und die Verbraucher vor neue Belastungen gestellt hat: der Vollzug des Bundesverfassungsgerichtsurteils bei den Hartz IV-Sätzen erfolgte wieder einmal auf dem geringst möglichen Standard mit 20 Euro. Die Raucher sollen anstelle der ursprünglich vorgesehenen Erhöhung der Energie- und Stromsteuern für energieintensive Industrieunternehmen durch höhere Besteuerung der Tabakwaren finanzieren helfen. Die ungerechte Besteuerung von Artikeln der Kinderbedarfe mit 19 % bleibt bestehen - bei Sesselliften, Bergbahnen und Hotelübernachtungen gilt der geminderte Steuersatz weiterhin!

Es fällt auf, dass Forderungen seitens der Wirtschaft anscheinend lauter und bei der Politik erfolgreicher sind, als diejenigen von Familienverbänden und von Menschen in finanziell schwierigen Lebenslagen. Viel wird von Migrationshilfe gesprochen, aber strukturell bürokratische Hindernisse verzögern weiterhin eine zügige und damit humane Behandlung von Menschen, die unsere Nachbarn sind und die hier zu unserer Zukunft beitragen.

Innerverbandlich steht die Umsetzung der Delegiertenbeschlüsse des Verbandstages in den Gliederungen an: die Verbandsstruktur wird auf Regionalverbände umgestellt werden; der Aufbau einer zentralen Datenverwaltung für unsere Mitgliedsdaten wird in der Landesgeschäftsstelle in Angriff genommen, die innerverbandliche Kommunikation soll beschleunigt werden- eine Herausforderung für alle Beteiligten mit dem Ziel, dass künftig der Austausch von Informationen über Aktionen und Vorhaben für alle nachvollzogen werden kann (wir berichten darüber).

Zum Schluss nun noch der innige Wunsch, dass Sie trotzdem eine erholsame und gesunde Zeit im Kreise der Familie während der anstehenden Feiertage und zum Jahreswechsel erleben dürfen

Ihr

Uto R. Bonde

## Landesverbandstag 2011

zur neuen Verbandsstruktur ein Blick nach innen...

...wie üblich wenden wir den Blick zum Jahresende auf die zurückliegende Zeit und prüfen kritisch, mit welchen Erfolgen gearbeitet wurde: was ist „gut gelaufen“ oder noch mit Haken und Ösen belastet. Natürlich suchen wir alle „die“ Erfolgsgeschichte, um eine gute Bilanz vorzulegen und möglichst wenig Schattenerlebnisse zu haben. Nachdem immer wieder Stimmen im Verband laut geworden waren, dass über „veraltete Strukturen“ nachgedacht werden sollte, haben sich die Delegierten aller Gliederungen in zwei Zukunftswerkstätten Gedanken gemacht und konstruktive Abmachungen vereinbart.

**Ziel der Verbandsarbeit ist: ein einheitliches Bild in der Öffentlichkeit, schnellerer Informationsaustausch zwischen den Verbandsfamilien, zentrale Datenpflege und ein einheitlicher Beitragseinzug.**

Die Delegierten formulierten „schlankere Organisation“ so: „wir brauchen keine Zwischenstufe eines Kreisverbandes mehr“. Dies bedeutet: wer noch als Ortsverband organisiert ist, wird ein selbstständiger Regionalverband und wer bereits Kreisverband ist, ändert seinen Namen in „Regionalverband“.

Um diese Änderungen zu erreichen, sind alle Verbandsfamilien in ihren Gliederungen aufgerufen, jeweils in einer Mitgliederversammlung diese namentlichen Anpassungen zu beschließen.

Die Vorstände haben dazu schon Mitgliederversammlungen angesetzt und ihre Mitgliedsfamilien eingeladen.

Wenn alles läuft wie mit den Delegierten vereinbart, kann sich der Verbandstag am 26. Februar 2011 in Stuttgart mit den neuen Regionalverbänden auf die Familienpolitik im Lande zur bevorstehenden Landtagswahl im März konzentrieren.

**Termin: Samstag, 26. Februar 2011 in Stuttgart**

**Landesverbandstag 2011, 26.02.**  
ab 9.30 Uhr

- Berichte
- Vorstand, Kasse, Revision
- Wahlen des Vorstandes
- Anträge und Verschiedenes

**Veranstaltungsort**

CVJM Haus  
Stuttgart - Mitte  
Büchsenstrasse 37/1  
70174 Stuttgart  
ca. 10 Min. Fussweg vom HBF  
(S-Bahnstation: Stadtmitte)

**Ab 14 Uhr**

Demo auf dem Schlossplatz: „Für ein familienfreundliches Bildungsland Baden-Württemberg“ zusammen mit unserem Kooperationspartner „Schule mit Zukunft e.V.“



**„Wir bleiben dabei – Familien unterstützen und entlasten!“** lautet das Motto, unter dem SCHULE MIT ZUKUNFT e.V. zusammen mit weiteren Familien- und Bildungsinstitutionen, wie der Aktion Humane Schule Baden-Württemberg e.V., dem Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte Baden-Württemberg und auch dem Deutschen Familienverband Baden-Württemberg e.V. zur Kundgebung am

26.02.2011 auf dem Schlossplatz in Stuttgart einlädt.

Ab 12 Uhr startet eine Demonstration durch die Innenstadt, von 13 bis 16 Uhr wird die Kundgebung stattfinden, bei der unter anderem der Reformpädagoge Otto Herz und der „Hauptschulrebell“ Rudi Bosch sprechen werden. Daneben kommen Schüler zu Wort, und es präsentieren sich Schuleinrichtungen, auch eine kabarettistische Einlage ist geplant.

SCHULE MIT ZUKUNFT will vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27.03.2011 ein Zeichen setzen. Unser Bildungswesen besitzt noch immer keine Priorität, sondern beschränkt sich auf Lippenbekenntnisse und Reförmchen, die nichts weiter sind, als eine Kaschierung weiterer Sparmaßnahmen – auf dem Rücken der Kinder und Familien.

Damit muss endlich Schluss sein. Bildung muss einen echten Stellenwert in der Gesellschaft bekommen, die Politik muss ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachkommen und ordentliche Rahmenbedingungen schaffen. Kinder machen uns Freude, die Bildungspolitik im Lande derzeit weniger!

Mehr Infos unter: [www.schule-mit-zukunft.com](http://www.schule-mit-zukunft.com)



## Thema Generationenvertrag

Es werden immer weniger Kinder geboren

Rekordtief bei der Geburtenzahl:

*Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat ermittelt, dass im vergangenen Jahr die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Deutschland weiter gesunken ist. Diese betrug im letzten Jahr 1,36; 2008 hatte die Geburtenrate noch bei 1,36 gelegen. Baden-Württemberg liegt dabei voll im Trend mit 1,35 (im Vorjahr 1,37). 2009 kamen in Deutschland rund 665 000 Kinder zur Welt, etwa 17000 weniger als in 2008 – also ein Rekordtief in der Bevölkerungsbilanz. Im Westen ging die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 49 Jahren zurück.*

Bei Betrachtung dieser Entwicklung bewahrheitet sich, dass die Einführung des Elterngeldes hier zu keiner Trendwende geführt hat. Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte bei der Einführung 2008 noch darauf gehofft. Es zeigt sich deutlich, dass das befristete Elterngeld keine nachhaltige Wirkung zeigt.

Es stimmen eben die Rahmenbedingungen nicht – und die notwendigen Änderungen (manche sagen dazu: Reformen) stehen noch immer aus.

Faktum ist, dass sich im reichsten EU-Land die Lage für junge Familien schwieriger gestaltet und die Anzahl der Kinder permanent verringert. In ländlichen Regionen ist dieser Trend noch stärker als in Stadtregionen.

Weniger Geburten auch in Baden-Württemberg

Im Lande sind in 2009 rund 89700 Kinder geboren worden und damit etwa 2200 weniger als 2008. Das ist die geringste Geburtenzahl seit Bestehen des Landes. Gleichzeitig ermittelt das Statistische Landesamt die Zahl der Gestorbenen um gut 1100 auf etwa 97600. Das Geburtendefizit, die Differenz zwischen der Zahl der Geborenen und der der Gestorbenen, ist somit deutlich von 4 500 im Jahr 2008 auf knapp 7900 angestiegen – dem höchsten Minus seit der Gründung Baden-Württembergs ( 1952 ).

Lediglich in 10 der 44 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs konnte ein Geburtenplus verzeichnet werden, alle anderen wiesen einen mehr oder weniger großen sogenannten Sterbefallüberschuss auf. Im Jahr 2004 wurden in Baden-Württemberg noch in 26 der 44 Stadt- und Landkreise mehr Kinder geboren als Menschen gestorben sind.

Die höchsten Geburtenüberschüsse wurden im Jahr 2009 vor allem in den bevölkerungsstarken Kreisen der Region Stuttgart verzeichnet. Die Spitzenstellung nahm die Landeshauptstadt Stuttgart ein (444 mehr Geborene als Gestorbene), gefolgt von den Landkreisen Böblingen (+422) und Ludwigsburg (+396). Nennenswerte „Überschüsse“ konnten auch der Stadtkreis Freiburg im Breisgau (+310) und der Landkreis Tübingen (+302) für sich verbuchen.

Zu den 10 Kreisen mit einem „Geburtenplus“ zählen neben Stuttgart und Freiburg auch die Stadtkreise Heidelberg und Ulm. Heidelberg ist damit der einzige Kreis im Regierungsbezirk Karlsruhe, in dem mehr Kinder auf die Welt gekommen sind, als Personen gestorben sind. Die meisten Kreise mit einem „Geburtenplus“ befinden sich in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen mit jeweils vier. Insgesamt wiesen 34 Stadt- und Landkreise des Landes mehr Gestorbene als Geborene auf. Die größten „Sterbefallüberschüsse“ waren 2009 im Rhein-Neckar-Kreis (-863) sowie in den Landkreisen Karlsruhe (-718), Göppingen (-577) sowie im Rems-Murr-Kreis (-537) zu beobachten. Unter den 9 Stadtkreisen wiesen Mannheim (-445) und Baden-Baden (-302) das höchste „Geburtendefizit“ auf.

Die regional sehr unterschiedliche Bilanz aus der Zahl der Geborenen und der der Gestorbenen wird wesentlich durch die Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst.

### Perspektive für Familien

Junge Menschen sehen sich gezwungen dorthin zu ziehen, wo es Arbeit gibt – also eher in die Städte. Dörfer altern mehr und schneller. Paare suchen nach Strukturen, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Noch scheitern dabei zu viele Paare an unzureichenden Rahmenbedingungen von Kinderbetreuung und Kosten.

Das Elterngeld kompensiert nicht das wirtschaftliche Risiko und ist kein Ersatz für fehlende Sicherheit. Wer als Endzwanziger oder als 30- Jährige – nach Studium, Praktika und befristeten Jobs – erstmals eine Festanstellung geboten bekommt, lässt sich diese Chance meist nicht – zu Lasten der Familienplanung – entgehen.

Über die befristeten Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne für Berufseinsteiger entscheidet nicht

## Thema Generationenvertrag

die Politik, sondern die Wirtschaft.

Dort wird zunehmend über den steigenden Mangel an Nachwuchskräften geklagt.

Es ist jetzt an der Zeit, dass sich auch die Wirtschaft an einer zukunftsgerechten Familienpolitik – auch im eigenen Interesse – engagiert einbringt.

Familienpolitik ist nicht nur eine Sache von Prognosen und Maßnahmen der Politik, sondern auch Handlungsdruck für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Zahlenangaben: Statistisches Landesamt Baden- Württemberg

### Lebensträume im Ruhestand

#### Mehr Wunsch als Wirklichkeit

**R**uhestand kommt von Ruhe – wenn die Deutschen das Rentenalter erreichen, wollen sie am liebsten die Füße hochlegen. Für knapp die Hälfte der Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren ist die Flucht aus der Alltagshektik der größte Traum für ihren Lebensabend.

Bei den 55- bis 60-Jährigen, bei denen der Abschied vom Berufsleben bereits zum Greifen nahe ist, sind es sogar 56 Prozent. Die Sehnsucht nach Stille stellt damit Wunschklassiker wie den rassigen Sportwagen oder die legendäre Motorradtour auf der Route 66 deutlich in den Schatten. Sie finden in der Top-10-Wunschliste keine Beachtung. Doch auch materielle Wünsche stehen bei den Deutschen hoch im Kurs. Wie sie bezahlt werden sollen, steht allerdings in den Sternen: Bisher hat mehr als ein Drittel der Bundesbürger keine private Altersvorsorge getroffen. Damit klafft die Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit immer weiter auseinander. Dies sind die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter 1.002 Deutschen durch das IMWF Institut für Management- und Wirtschaftsforschung im Auftrag der Hannoverschen Leben.

**A**uf Platz zwei der Lebensträume rangieren die Kreuzfahrt oder Weltreise. 40 Prozent der Befragten sind vom Fernweh gepackt und wollen in fremde Kulturen eintauchen. Das Reisefieber unter den Deutschen ist generell hoch. 15 Prozent der Bundesbürger träumen beispielsweise davon, Europa mit dem eigenen Wohnmobil zu erobern.

Jeder Vierte will Deutschland sogar endgültig Adieu sagen und in sonnige Gefilde auswandern.

Die eigenen vier Wände sind auf der Prioritätenliste

ebenfalls weit oben angesiedelt (Platz drei). Mehr als jeder dritte Befragte träumt vom mietfreien Lebensherbst. Bei den Deutschen unter 24 Jahre ist das Wohnparadies sogar mit weitem Abstand das Tor zur Glückseligkeit. Mit zunehmenden Alter schwindet allerdings die Lust nach dem Eigenheim oder der Traum ist bereits Wirklichkeit geworden.

Dahinter reihen sich Wünsche nach mehr Muße für Haus und Garten (Platz vier) sowie nach ausschweifenden Shoppingssünden (Platz fünf) ein.

**A**llerdings passt das Wunschenken der Deutschen nicht mit der Wirklichkeit zusammen. Besonders für die jüngere Generation werden viele ihrer ambitionierten Zukunftsziele eine Luftblase bleiben.

Bisher haben sechs von zehn Befragten in dieser Altersgruppe keine private Vorsorge getroffen und könnten später selbst auf den Solidaritätsgedanken angewiesen sein.

Meist verpufft das hart verdiente Geld für andere Zwecke. 71 Prozent der Befragten konnten bisher kein Budget zur Rentenabsicherung erübrigen. Dabei schätzt ein Drittel seine Versorgungslücke im Alter auf mehr als 500 Euro. Auch Unwissenheit ist einer der Hemmschuhe: Jeder fünfte Vorsorgemuffel fühlt sich zu schlecht über die Möglichkeiten der finanziellen Absicherung informiert. Vier von zehn Deutschen haben sich daher schon mit dem Gedanken abgefunden, dass sich ihr Lebensstandard deutlich verschlechtern wird. Nur zehn Prozent der Bundesbürger hoffen auf rosige Zeiten.





## Pressemeldung des DFV zum OECD-Bericht

### Mehr Qualifizierung von Fachkräften in Deutschland gefordert

Deutschland belegt weiterhin einen unterdurchschnittlichen Platz im Ländervergleich der Gesamtausgaben für Bildung. Das ist ein Ergebnis des aktuellen Berichts „Bildung auf einen Blick“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Der zunehmende Mangel an Fachkräften in Deutschland wird zunehmend auch von den Betrieben beklagt. „Der Deutsche Familien-

[www.dfv-baden-wuerttemberg.de](http://www.dfv-baden-wuerttemberg.de)

verband fordert eine schlüssige Strategie gegen den Fachkräftemangel“, so der Vizepräsident Uto R. Bonde in einer Pressemeldung des DFV Bundesverbandes.

Die notwendige Förderung von Ausbildung – auch für Menschen mit Einschränkungen – und die weitergehende Qualifizierung von Fachkräften wird immer deutlicher, so auch im OECD-Bericht.

Gerade aufgrund der demographischen Entwicklung, der den Fachkräftemangel anwachsen lässt, und der zu erwartenden Verlängerung der Lebensarbeitszeit, muss Deutschland dringend aktiv werden; seit zehn Jahren ist in Deutschland beispielsweise die Zahl der Erwerbsfähigen mit Hochschulabschluss jährlich nur um 0,9 Prozent gewachsen – im OECD-Mittel stieg der Anteil im gleichen Zeitraum um 4,6 Prozent. „Wichtige Potenziale werden nicht mobilisiert“ beklagt Bonde: So landen 40 Prozent der Schulabgänger in endlosen Warteschleifen und in Praktikantenstellen, statt sich im Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Dringend erforderlich ist eine bessere frühkindliche und schulische Bildung für alle Kinder, um einen erfolgreichen Schulabschluss zu erreichen. Darauf aufbauend muss ein duales Berufsausbildungssystem gefördert werden, das allen Jugendlichen qualifizierte Ausbildungs- und anschließend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Eine weitere Stufe muss für beruflich Qualifizierte die Chance des Übergangs in die Hochschule eröffnen. Gleiches gilt für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen.

Laut OECD-Bericht sind die Ausgaben für Bildung zwischen 2000 und 2007 in Deutschland gesunken und der Abstand zu führenden Ländern wie den USA oder Dänemark hat sich vergrößert. Nach internationaler Messung lag Deutschland 2007 mit seinen

Bildungsausgaben bei 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BiP). Bildung ist die wichtigste Ressource für Deutschland. Deshalb müssen wir uns um jeden Jugendlichen bemühen und ihm die bestmögliche Ausbildung zuteil werden lassen. Jeder in Bildung investierte Euro wirkt langfristig und kommt mehrfach positiv zurück.“

### Eine Mitgliedsmeinung

#### Deutschpflicht auf Schulhöfen – ein Kommentar

*In der hitzigen Integrationsdebatte fordern Union und FDP derzeit eine Deutschpflicht auf Schulhöfen; das mag gut klingen – ist aber bei näherem Hinsehen wenig hilfreich: Deutsch ist ohnehin Unterrichtssprache.*

Verbietet man Schülern mit anderer Muttersprache diese in den Pausen zu benutzen, wird dies zwangsläufig eine Gegenreaktion zur Folge haben, wenn es nicht der Sprachgewohnheit der Schüler entspricht.

In ihrer Freizeit reden diese Schüler so wie sie leben und zum größten Teil nicht, wie es verordnet wird.

Ziel sollte sein, dass Migranten die deutsche Sprache beherrschen und regelmäßig sprechen, das ist unbestritten.

Ohne Deutschkenntnisse ist eine Integration nicht möglich. Deshalb muss die Sprachförderung so interessant wie nur irgendmöglich sein, und möglichst früh ansetzen.

Kinder, die in der Kita – deren Besuch verpflichtend sein muss – Deutsch lernen und sprechen, werden dies später ebenso tun.

Für Migrantenfamilien ist es wichtig, dass Deutsch auch in ihrem privaten Umfeld gepflegt wird – also alltäglicher Bestandteil des Lebens ist. Dies sollte auch im religiösen Leben der Menschen gelten.

Dazu ist aber auch erforderlich, dass solche Sprachlernprogramme auch ohne große Hürden für die Teilnehmer angeboten werden – und dies ohne lange Wartezeiten.

## Kreatives Lernen im Familienalltag

Gute Noten für die Hausarbeit



Zerlegt in kleine Aufgaben, lassen sich auch große Probleme Schritt für Schritt bewältigen.

Kleine Kinder, die geschickt im Familienalltag mithelfen, kommen auch gut in der Schule klar. Denn beim Wäsche sortieren, einkaufen, Tisch decken, Gemüse schneiden, haben sie viele Fähigkeiten trainiert, die ihnen den Start in die erste Klasse leicht machen.

Ergotherapie, Logopädie, Psychotherapie: Fast jedes zweite Schulkind hat Erfahrungen mit solchen „Entwicklungshelfern“, wie eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag einer Krankenkasse zu Tage brachte. Und die Zahlen steigen. Auch der Wilhelmshavener Kinder- und Jugendarzt Dr. Rupert Dernick fragte sich, warum so viele Kinder Ergotherapie bekommen. Eine Ursache sieht er darin, dass der Nachwuchs immer weniger zu Hause mithelfen muss: Geschirr aus der Spülmaschine räumen, abtrocknen, Tisch decken, sich selbst ein Brot schmieren, Wäsche zusammenlegen, Socken sortieren – solche kleinen Alltagspflichten ersparen Eltern heute ihrem Nachwuchs gern. Nicht nur, weil sie es zu gut meinen. Häufig geht die Arbeit allein schneller von der Hand und in der täglichen Hektik wollen sie sich keine Zeit nehmen, den Junior anzuleiten.

**Förderprogramm: Beim Aufräumen helfen statt fernsehen**

Und das Fernsehen hilft, die Kleinen ruhig zu stellen. Für Eltern eine verlockende Alternative zum misshandigten, noch ungeschickten „Küchenhelfer“. Doch die Bequemlichkeit geht auf Kosten der gesunden Entwicklung: Der Anteil der Kinder, die therapeutische Hilfe brauchen, ist bei kleinen Fernsehfans, die mehr als zwei Stunden vor der Glotze hocken, deutlich höher als bei ihren Altersgenossen, die weniger in

die Mattscheibe starren.

In früheren Generationen musste auch der Nachwuchs mitanpacken, damit der Alltag in den großen Familien bewältigt werden konnte. Heute können es sich Mütter und Väter leisten, den Sprössling zu verhätscheln. Auch eine allgemeine Erziehungsunsicherheit wirke mit, meint Dr. Dernick. Wenn Eltern jedoch ihren Kindern kaum Gelegenheit geben, selbst etwas zu tun, rauben sie ihnen Entwicklungschancen. Und das spüren die Familien auch beim Schulerfolg: Die KiKAPS-Studie zeigte zum Beispiel, dass Kinder, die geschickt und geübt Alltagstätigkeiten bewältigen, auch in der Schule gut klarkommen. Und dies unabhängig von der Bildung der Eltern, die bisher als wichtigster Vorhersagewert für den Schulerfolg eines Kindes galt. Außerdem wird oft Intelligenz als der wichtigste Faktor für gute Noten angesehen. Ausdauer, Sorgfalt und Anstrengungsbereitschaft sind aber mindestens genauso wichtig, wie Lehrer bestätigen.

Simple Hausarbeit offenbart hier jede Menge Förderpotential. Geschult werden zum Beispiel Grob- und Feinmotorik, Konzentration, Wahrnehmung, Selbstorganisation, Selbstständigkeit und vieles mehr. Wichtig: Übung macht den Meister. Denn das Gehirn lernt durch Wiederholung und Variation. Und es kommt darauf an, eine Sache gut und ausdauernd zu können.

Quelle: Jako-O



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?  
Dann wäre vielleicht eine  
Anzeige hier das Richtige!**

**Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95**



## DFV-Familie bei „ZDF-Reporter unterwegs“

Wie familienfreundlich ist eigentlich Deutschland?

Anhand von Beispielen wie Wohnungssuche mit (Klein)kindern, Existenzsicherung bei einem Alleinverdiener und derlei Alltagsprobleme mehr, wollten die ZDF-Reporter herausfinden, wie es tatsächlich um die Kinderfreundlichkeit in unserem Lande steht. Da die Familie unseres Jüngsten davon "ein Liedchen singen kann, das aber niemand so richtig hören will", hat sich die Familie entschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Ein Fernsehteam des Senders war vor Ort und hat eine Reportage abgedreht. Ausgestrahlt wird die Sendung am 9. Dezember um 21h15 im ZDF in der Sendereihe "ZDF-Reporter unterwegs". Anschauen lohnt sich!

Manfred Thumm

### Oma und Opa 2010

Früher wollten Großeltern ihre Erfahrungen weitergeben, heute möchten sie lieber jung bleiben.

*München (ots) - Jetzt in ELTERN: Großeltern sind nicht mehr das, was sie mal waren / Interview mit dem Soziologen Prof. François Höpflinger von der Uni Zürich.*

Die meisten sind aktiv, sie fühlen sich jung und gesund: Großeltern heute leben ganz anders als frühere Oma-und-Opa-Generationen, die strickende Oma auf dem Sofa ist ein Auslaufmodell. Nur die Liebe zu den Enkeln, die bleibt. Die Zeitschrift ELTERN widmet jetzt ein großes "Extra".

Soziologen beobachten aktuell drei Gruppen von Großeltern. Prof. François Höpflinger von der Universität Zürich beschreibt sie im Interview mit ELTERN so: "Ein großer Anteil engagiert sich stark in den jungen Familien und knüpft über die Enkel wieder an eine frühere, jüngere Lebensphase an. In gewisser Weise benutzen sie ihre Enkel als sozialen Jungbrunnen. Dann gibt es eine kleinere, aber wachsende Gruppe, die Mühe mit der Großelternrolle hat, weil sie sich noch sehr jung fühlt, und eine weitere, die eher distanziert ist, weil sie keine gesundheitlichen Ressourcen mehr hat - diese Gruppe wird kleiner."

Insgesamt gebe es in fast allen westlichen Ländern so wenige Konflikte zwischen Eltern und Großeltern wie nie zuvor. Prof. Höpflinger: "Das Prinzip 'Engagement ohne Einmischung' setzt sich immer mehr durch. Mit Ausnahme von moralischen und religiösen Fragen geht die Sozialisation heute eher von den Jungen zu den Älteren statt umgekehrt. Früher wollten Großeltern ihre Erfahrungen weitergeben, heute möchten sie lieber jung bleiben. Eine Strategie dafür ist der Kontakt mit Jüngeren."

Der Einschätzung, dass Kinder sich besser entwickeln, wenn sie regelmäßig Kontakt zu ihren Großeltern haben, stimmt der Experte zu: "Der Umgang mit Verwandten, die vertraut und doch ein bisschen anders sind als die Eltern, tut ihnen gut. Fest steht auch, dass Kinder mit freundschaftlichen Beziehungen zu ihren Großmüttern und Großvätern ein besseres Bild vom Alter haben."

Pressekontakt:

Eva Schulenburg, Kommunikation/PR



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungsworkshops, etc. – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

**Eltern werden – Eltern sein e.V.**  
Rennerstr. 4, 79106 Freiburg  
Tel.: 0761 - 28 99 55  
[www.elternwerden-elternsein.de](http://www.elternwerden-elternsein.de)



## Neues vom Familienhilfswerk des DFV



### Volksbank Freiburg unterstützt Familienhilfswerk mit 1.000 Euro-Spende

#### Engagement für Familien

**F**reiburg. Gesellschaftliche Verantwortung zu tragen und die Menschen in der Region zu fördern gehört für die Volksbank Freiburg zu den wesentlichen Bausteinen ihres Selbstverständnisses. Vor diesem Hintergrund unterstützt das genossenschaftliche Kreditinstitut das Engagement des Familienhilfswerkes mit einer Spende. Stephan Heinisch, Vorstand der Volksbank Freiburg, übergab den Spendenscheck in Höhe von 1.000 Euro an die Geschäftsführerin des Familienhilfswerkes, Birgit Schmidt.

### Das Familienhilfswerk des DFV unterstützt Sie bei der Beantragung einer Mutter/Vater-Kind-Kur

Der Deutsche Familienverband (DFV) geht davon aus, dass weit mehr Familien eine Kur benötigen, um den heutigen, hohen Anforderungen an das Familien-dasein gerecht werden zu können, als von den Kassen angegeben wird.

Der DFV unterhält keine eigenen Kureinrichtungen, sondern er unterstützt mit seinem angegliederten gemeinnützigen Familienhilfswerk (FHW) Mütter und Väter.

Viele Mütter und Väter leiden unter einem "psychovegetativen Erschöpfungssyndrom", darunter verbergen sich Beschwerden wie: Rücken-, Kopf- und Magenschmerzen, Angst- und Zwangsstörungen, Depressionen, Partnerschaftsprobleme, Gewalterfahrungen, körperliche Erschöpfung, oder Schwierigkeiten, die Kinder zu erziehen.

Der DFV unterstützt sowohl bei der Antragstellung einer Kur im Rahmen von Prävention und Vorsorge, als auch - nach ärztlich festgestellter Kurbedürftigkeit und der Kurbewilligung der Krankenkasse - bei der Auswahl einer geeigneten Einrichtung. Hier erhalten Sie auch die Formulare und Prospekte der Einrichtungen. Die Krankenkassen übernehmen die Kurkosten.

## Aufnahmeantrag



Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	

Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von \_\_\_\_\_ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliedermagazine (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:

Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum	Unterschrift		



## Volksbank Freiburg informiert



Anzeige

Schwarzwald Breisgau Kaiserstuhl

### „Wenn die Sonne über die Kultur scheint“

*Volksbank Freiburg, Elektrizitätswerke Schönau und Vorderhaus initiieren neuen Förderverein für Kultur und Soziales, tragen zum Klimaschutz bei und fördern das regionale Gewerbe.*

**Ö**kologisches Engagement mit Kultur und sozialer Verantwortung verbinden – das ist die Grundidee von „Solidarenergie“. Aus dem Ertrag von regenerativer Energieerzeugung werden ab dem nächsten Jahr Projekte im kulturellen und sozialen Bereich gefördert.

Dazu wurde der Verein „Solidarenergie e.V.“ gegründet. Der Anstoß dazu ging von den Kooperationspartnern Volksbank Freiburg, Elektrizitätswerke Schönau (EWS) und „Vorderhaus – Kultur in der Fabrik“ aus. Der Verein Solidarenergie wird alljährlich an Personen oder Gruppen aus dem Kultur- und Sozialbereich den „Preis der Solidarenergie“ verleihen. Außerdem unterstützt der Verein Solidarenergie e.V. ideell und finanziell die Arbeit von bereits bestehenden gemeinnützigen Körperschaften. Die Mittel dürfen von den geförderten Projekten und Körperschaften nur zweckgebunden und für konkret beschriebene Vorhaben verwendet werden, nicht jedoch für laufende Ausgaben.

**D**ie Fördermittel und das Preisgeld werden aus Erträgen zur Verfügung gestellt, die beim Betrieb von Photovoltaikanlagen anfallen. Der Betreiber der Anlagen, die Elektrizitätswerke Schönau (EWS), verpflichten sich, für jedes Kilowatt-Peak (kWp) den Betrag von 100 Euro an den Verein Solidarenergie zu spenden. Die Volksbank Freiburg wird den gleichen Betrag beisteuern, so dass dem Verein für 2011 eine aufgerundete Summe von 10 000 Euro zur Verfügung stehen wird. EWS stellt für die Spenden an den Verein Solidarenergie die Photovoltaik-Anlagen an der Edith-Stein-Schule in Freiburg, am Gymnasium Schönau und am EWS-Neubau in Schönau zur Verfügung.

Die Kooperationspartner Volksbank Freiburg, EWS und der Verein Solidarenergie e.V. werden gemeinsam neue Dachflächen für Photovoltaikanlagen erschließen. Im kommenden Jahr 2011 sollen Anlagen für weitere 30 Kilowatt-peak (kWp) Leistung gebaut werden. Die Volksbank Freiburg wird ihre Firmenkunden über die Modalitäten von Dachvermietungen und günstige Finanzierungsangebote für Solaranlagen informieren.

**D**er jährliche „Preis der Solidarenergie“ wird mit 3000 Euro dotiert sein und wird von einer Jury vergeben, der neben dem Vorstand des Vereins Solidarenergie auch Beiräte der Volksbank Freiburg, der EWS und aus dem Kultur- und Sozialbereich vertreten sind. Der Preisträger wird zugleich Besitzer eines namentlich gezeichneten Rebstockes im Weinberg von Fritz Keller am Kaiserstuhl. Die Anmeldefrist für den erstmals 2011 zu verleihenden Preis endet am 4. Februar 2011. Die Preisverleihung wird am 6. April 2011 stattfinden.

Weitere 7000 Euro werden an gemeinnützige Projekte vergeben. Antragsberechtigt für Preis und Förderung sind Personen und Initiativen aus der Region Freiburg, Emmendingen und Kaiserstuhl. Möglich sind Eigenbewerbungen oder Anträge von anderer Seite.

Verein Solidarenergie e.V.

Vorstandsvorsitzender:

Professor Dr. Reiner Marquard (Rektor Evangelische Hochschule Freiburg)

Stellvertreter:

Martin Wiedemann (Vorderhaus);

Beya Stickel (Deutscher Familienverband)

Schatzmeisterin:

Andrea Wagner (Kinderbüro der Stadt Freiburg)

Schriftführer:

Ulrich-Martin Drescher (Unternehmensberater)

Beiräte:

Uwe Barth (Volksbank Freiburg)

Dr. Michael Sladek (EWS)

Wibke Gerking (SWR)

Torsten Glaser (Friga)

Vereinsadresse:

Solidarenergie – Förderverein zur Unterstützung kultureller und sozialer Projekte e.V., Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Die Schmerzgrenze ist bei vielen Familien erreicht.

*Zahlen die Eltern die Zeche für höhere Schülerbeförderungskosten?*

Mit der Einführung von Schultypen mit größeren Schülerzahlen entstehen den Familien in weniger dicht besiedelten Regionen zunehmend mehr Probleme mit den steigenden Kosten für die Schülerbeförderung. Besonders beklagt wird in diesem Zusammenhang die Einführung der neuen Werkrealschule. Laut Kultusministerium sind 525 neue Werkrealschulen im neuen Schuljahr gestartet, 84 Hauptschulen werden geschlossen. Durch die Zusammenlegung von Hauptschulen sowie Aufteilung der Werkrealschulen auf verschiedene Standorte, verlängern sich für viele Schülerinnen und Schüler die Schulwege, zum Teil wird erstmals eine Beförderung notwendig. Das betrifft vor allem den ländlichen Raum.

Die Landkreise beklagen, dass die jährlich vom Land bereitgestellten 170 Mio. Euro -trotz Eigenanteilen von den Eltern- schon gegenwärtig nicht ausreichen, um die Schülerbeförderungskosten zu decken. Der Landkreistag beziffert das jährliche landesweite Defizit auf knapp 35 Millionen Euro. Stockt das Land die Mittelzuweisungen für die Schülerbeförderung nicht auf, ist zu befürchten, dass die Landkreise die Mehrkosten auf die Eltern umlegen werden.

### Wohngeld hilft bei Mietkosten

Die Wohn- und Mietkosten unterscheiden sich regional stark voneinander. Gerade in Ballungsgebieten und in wachsenden Städten wird bezahlbarer Wohnraum knapper. So mussten in Hamburg und München im Durchschnitt neun Euro und mehr pro Quadratmeter bei Neu- und Wiedervermietungen gezahlt werden. Insbesondere einkommensschwache Haushalte leiden unter der hohen Mietbelastung. Bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 500 Euro pro Monat betrug 2006 die Mietbelastung 56,3 Prozent. Bei einem Einkommen von 3200 Euro und mehr, nur noch 15,4 Prozent.

Deswegen sind gerade Haushalte mit niedrigem Einkommen auf das Wohngeld angewiesen. Nach massiven Protesten gegen die umfassenden Einsparungen soll jetzt nur noch der Heizkostenzuschuss gestrichen werden. Dies zeugt von energiepolitischer Inkompetenz, denn mit dem Wirtschaftswachstum werden die Energiepreise erneut steigen. Einkommensschwache Haushalte sollen nicht unter der schlechten energetischen Qualität der Wohngebäude leiden müssen.

### Klagen gegen Kinderlärm

Immer wieder stehen Kinder, die sich in Kindergärten und Tageseinrichtungen aufhalten, im Widerspruch zum vermeintlichen Anspruch von Nachbarschaften auf ungestörte Ruhe.

Technischer Lärm wird dabei gerne in Vergleich gezogen, um den Kindern zu verbieten, sich kindgemäß zu verhalten – was mitunter mit „Lärm“ verbunden ist.

„Lärm“ ist sicherlich etwas störendes- aber sind Kinder noch immer ein „Störpotential“, fragen sich engagierte Familien oder sind unsere Kinder nicht doch die „Musik der Zukunft“?

„Der Deutsche Familienverband ( DFV ) plädiert für ein sinnvolles Miteinander, und wenn sich Erwachsene mit Kindern beschäftigen, werden diese sich auf ihre Nachbarschaft einlassen- auch ohne störenden „Lärm“ und wie gesagt: m i t e i n a n d e r !!“.

Klagen gegen Kinderlärm sollen nach Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen künftig verhindert werden. In einem Antrag im September (17/2925) verlangen die Abgeordneten, die Bundesregierung solle die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Kinderbetreuungsstätten in reinen Wohngebieten verbessern und zur Rechtssicherung solcher Einrichtungen die derzeit geltenden Regelungen des Lärmschutzes weiterentwickeln. Die Bundesregierung solle prüfen, wie eine Änderung der Baunutzungsverordnung auf geltende Bebauungspläne ausgeweitet werden kann, um die Existenz bestehender Einrichtungen zu schützen.

Weiter fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, den Nutzen präventiver Maßnahmen, die schon im Vorfeld Klagen gegen Kinderlärm verhindern könnten, zu überprüfen. Die von Kinderspielflächen oder Kindergärten ausgehenden natürlichen Geräusche sollen von der Gesellschaft toleriert und nicht als schädliche, wesentliche Beeinträchtigung für benachbarte Grundstücke dargestellt werden. Im Rahmen der städtebaulichen Planung müsste die vernetzte Planung von Spielflächen und Einrichtungen für Kinder stärker berücksichtigt werden.

Auch die Fraktion der SPD hat einen Antrag (17/881) mit gleicher Zielsetzung gestellt, und auch die Bundesländer befürworteten eine Änderung der Baunutzungsverordnung. Rechtssicherheit sei notwendig, um den von der Bundesregierung mit dem Kinderförderungsgesetz bis 2013 beschlossenen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren nicht zu beeinträchtigen.



## Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

### Der Ausbildungsmarkt ist kein Fischen im leeren Teich

Die gute Konjunktur entfaltet auf dem Ausbildungsmarkt die Wirkung eines Tischfeuerwerks: ein leuchtender Knall und dann vernebelt sich der Blick. Unbestreitbar erhalten dank des Wirtschaftsaufschwungs mehr Jugendliche eine Lehrstelle. Spürbar weniger Schulabsolventen bleiben unversorgt. Das wirkliche Problem ist, dass bei einer rasch alternenden Industriegesellschaft immer weniger junge Leute dem Lehrstellenmarkt zur Verfügung stehen werden. Wenn parallel dazu der Anteil nicht ausbildungsfähiger Schulabsolventen tendenziell sogar steigt, fischen die Unternehmen ganz schnell in einem leeren Teich. Hilfreich wäre es, wenn statt einer heftigen Integrationsdebatte die Frage geklärt würde, warum jeder zweite Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte keine Berufsausbildung hat oder besteht. Der doppelte Abiturjahrgang 2013, die Aussetzung der Wehrpflicht oder eine gesteuerte Zuwanderung können den absehbaren Fachkräftemangel nicht beheben. Nur mit einer nachträglichen Qualifizierung von den tausenden Jugendlichen ohne ideale Zeugnisse und Voraussetzungen entstehen neue Ressourcen für die Zukunft. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht eine der Unternehmen allein.

### Nachhilfe eine lästige Elternpflicht ?

Es ist eine ungeheuer große Summe, die Eltern für privaten Nachhilfeunterricht ausgeben. Die Bertelsmann-Stiftung hat jüngst dazu die Summe von 1,5 Milliarden Euro geschätzt, die Familien dafür aufbringen. Jährlich sollen bis zu 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland diese spezielle Nachhilfe nötig haben, um die unterrichtlichen Defizite annähernd auszugleichen.

In der Länderübersicht steht das „Kinderland“ Baden-Württemberg leider wieder an der Spitze der durchschnittlichen Nachhilfeausgaben pro Schüler und Jahr mit 131 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern müssen die Eltern noch 74 Euro dafür aufbringen.

Diese Tatsachen sprechen für sich und den Zustand an der „pädagogischen Front“ - leider scheint sich hier der Ausspruch, dass Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt, zu bewahrheiten.

Diese Zahlen zeichnen ein beredtes Bild von der Bildungsgerechtigkeit in unserem Land, wo sich viele Familien als Ersatzlehrkräfte in der Freizeit missverstanden fühlen.

### Rundfunkdatenschutzbeauftragte begrüßen Beitragsmodell

Nachbesserungen jedoch erforderlich

Stuttgart / Mainz (ots) - Die Rundfunkdatenschutzbeauftragten von ARD, ZDF und Deutschlandradio begrüßen den Umstieg auf eine geräteunabhängige Rundfunkfinanzierung, halten Nachbesserungen aber für erforderlich. Dies betonte der Arbeitskreis in seiner Stellungnahme zum geplanten 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

"Die Nachforschungen bei den Bürgern können durch den Wegfall des Gerätebezugs auf ein Minimum reduziert werden", sagte die Vorsitzende des Arbeitskreises der Rundfunkdatenschützer, Anke Naujock. Nach dem Staatsvertragsentwurf wird pro Wohnung nur noch ein Zahlungspflichtiger erfasst werden.

Dadurch trägt das neue Modell den Belangen des Datenschutzes besser Rechnung als bisher. Die Rundfunkdatenschutzbeauftragten empfehlen allerdings, den Grundsatz eines Beitrags pro Wohnung konsequenter umzusetzen und auf die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwohnung zu verzichten. Denn hierdurch würden gerade wieder Ausforschungen hinter der Wohnungstür erforderlich.

Der datenschutzrechtliche Grundsatz der Direkterhebung, wonach Daten grundsätzlich direkt beim Betroffenen erhoben werden sollen, muss deutlicher hervorgehoben werden. "Die Möglichkeit der Datenerhebung bei Dritten ohne Kenntnis des Betroffenen muss ultima ratio bleiben", sagte Naujock weiter. Dies erfordere auch eine Präzisierung der Anmeldepflichten.

Im Rahmen der Beitragsbefreiung aus sozialen Gründen solle auf die Pflicht zur Vorlage von Sozialleistungsbescheiden im Original verzichtet werden. Denn solche Originalbescheide enthielten weit mehr Daten als zur Beitragserhebung notwendig. Die Sozialleistungsträger müssten vielmehr verpflichtet werden, aussagekräftige Drittbescheinigungen über die Gewährung von Sozialleistungen auszustellen.

Der einmalige Meldedatenabgleich, wonach die einmalige Übermittlung der Meldedaten aller volljährigen Personen von den Einwohnermeldeämtern an die Landesrundfunkanstalten übermittelt werden, sei datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden. Allerdings sollte die dafür vorgesehene Frist von zwei Jahren ausdrücklich als Höchstfrist gekennzeichnet werden.

## Medien

### "Unerlaubte Telefonwerbung"

#### Bei Anruf Vertragsfalle

In den letzten vier Monaten wurden über 40.000 Verbraucherinnen und Verbraucher durch unerlaubte Telefonwerbung belästigt. Das ist eine verheerende Bilanz angesichts der Tatsache, dass Telefonwerbung ohne Einverständnis der Angerufenen bereits seit August 2009 gesetzlich verboten ist.

Für Unternehmen ist diese Form der Telefonabzocke nach wie vor ein lukratives Geschäft. Das zeigt wieder einmal deutlich die Schwäche der Bundesregierung: Gesetze, die die Verbraucher schützen sollen, sind im Alltag nutzlos, weil sie schlecht umgesetzt wurden. Die Bundesregierung muss diesem unsäglichen Missstand umgehend ein Ende bereiten.

Seit langem wird gefordert, dass einer schriftlichen Bestätigung von Verträgen bedarf, wenn diese am Telefon abgeschlossen wurden. Unternehmen, die sich - am Gesetz vorbei - über Telefonabzocke bereichern, müssen darüber hinaus mit erheblichen Bußgeldern bestraft werden. Die meisten Beschwerden beziehen sich laut der Erhebung der Verbraucherzentralen auf Anbieter von Lotterie- und Gewinnspielen. Es ist ein Skandal, dass deutsche Verbraucher noch immer den Drückerkolonnen der Call-Center ausgesetzt sind. Wirksamer Verbraucherschutz ist dringend notwendig.

### Konsumwelt kompakt

#### Neue Unterrichtsmaterialien zur Internetnutzung

Was passiert mit meinen Daten in Sozialen Netzwerken? Und wann ist das Herunterladen von Musik aus dem Internet illegal? Lehrern, die die Medienkompetenz ihrer Schüler stärken und kritisches Konsumverhalten fördern wollen, bieten die Stiftung Warentest und die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) kostenfreie Unterrichtsmaterialien zum Download an.

Die neuen Unterrichtseinheiten aus der Reihe "Konsumwelt kompakt" stärken die Medienkompetenz der Schüler und sensibilisieren sie für das Thema "Datenschutz und Datensicherheit im Netz". In der Unterrichtseinheit "Daten außer Kontrolle?" setzen sich die Schüler zum Beispiel mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen Sozialer Netzwerke auseinander und erfahren, was im Netz mit ihren Daten passieren kann. In der zweiten Unterrichtseinheit "Recht und Unrecht im Internet"

geht es um das Herunterladen von Musik und Videos und um die Urheberrechte, die dabei berücksichtigt werden müssen. Zu beiden Themen erhalten Lehrkräfte jeweils auf ein bis zwei Seiten Sachinformationen, didaktische Vorschläge und eine umfangreiche Linkliste zu weiterführenden Informationen. Arbeitsbögen für die Schüler ergänzen das Material. Die Unterrichtseinheiten sind für die Klassen 9 und 10 konzipiert. Die Materialien gibt es im Internet unter [www.test.de/schule](http://www.test.de/schule) oder [www.verbraucherbildung.de](http://www.verbraucherbildung.de).

### Leben im Netz

#### Die digitale Gesellschaft

Mit dem Internet und dem Medienverhalten von Jugendlichen beschäftigt sich die neue Ausgabe der Zeitschrift „Politik & Unterricht“, die von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben wird. Vier Bausteine bieten Lehrkräften unterschiedliche Ansatzpunkte, um das Thema für den Unterricht aufzubereiten und zu einer sachgerechten wie kritischen Mediennutzung anzuregen. Die globale Medienmacht von Google wird unter anderem vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um „Google Street View“ hinterfragt. Außerdem wird die Verantwortung von Suchmaschinen insgesamt thematisiert. Das Heft kann im Internet unter [www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de) heruntergeladen werden. Die kostenlose Druckfassung kann als Klassensatz bestellt werden bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Fax: 0711/164099-77, E-Mail: [marketing@lpb.bwl.de](mailto:marketing@lpb.bwl.de), Web: [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)





## Neues aus den Kreis- und Ortsverbänden

### OV FREIAMT

Der Standortwechsel ins Kurhaus war wohl maßgeblich am Erfolg unseres Kindersachenflohmarktes beteiligt. Kaum Gedränge, keine Hektik, große Auswahl, zufriedene Käufer und Verkäufer, reißender Absatz der leckeren Kuchen und Torten – das war das Resümee zu diesem Tag. Herzlichen Dank an die Organisatorin Claudia Hermann.

Seit kurzem kommen auch die Freiamter Hauptschüler in den Genuss einer warmen Mittagsmahlzeit, wenn dienstags für alle Ganztagsunterricht stattfindet. Eine Super Idee und lobenswerte Organisation einer Elterninitiative. (siehe auch unser Verbandstag 2009 in Freiburg).

Mit der Umgestaltung des Ortsverbandes in einen „Regionalverband Freiamt“ wird eine Satzungsänderung notwendig. Die Vorstandschaft wird diese vorbereiten, damit sie in der nächsten Jahreshauptversammlung von den Mitgliedsfamilien verabschiedet werden kann. Aus dem bisherigen Kreisverband werden dann die beiden Regionalverbände Freiamt und Herbolzheim, welche selbstständig geführt werden.

#### Termine:

Anstelle unserer herkömmlichen Weihnachtsfeier laden wir alle interessierten Familien zu einer Winterwanderung ein. Am Samstag, 11. Dezember starten wir um 16 Uhr im Schulhof Ottoschwanden. Gerne dürfen Laternen o.Ä. (kein offenes Feuer) mitgebracht werden. Auf dem Rollberg erwarten uns eine lebende Krippe, eine adventliche Geschichte, eine wärmende Suppe und ..... Wir hoffen auf ein paar besinnliche Stunden mit vielen Kindern, Eltern und Großeltern.

Eine besinnliche Adventszeit mit Inseln der Ruhe und Zufriedenheit wünscht Euch allen

Heidi Reinbold

### OV HERBOLZHEIM

#### Rückblick

Vom 2.-4. Juli 2010 beteiligte sich unser Ortsverband an der Feier der Stadt Herbolzheim zur Verleihung der Stadtrechte vor 200 Jahren mit einem Kaffee- und Kuchenstand. Ein mit interessanten Info-Broschüren bestücktes DFV-Auslageregale gab den Besucherinnen

und Besuchern Gelegenheit, sich mit den Aktivitäten des Familienverbands bekannt zu machen und Fragen dazu zu stellen. Den Kindern konnten wir mit Luftballons und Gummibällen eine kleine Freude bereiten. Allen HelferInnen und KuchenspenderInnen möchten wir hier noch einmal herzlich für ihr Engagement und ihre Hilfsbereitschaft danken, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass Jung und Alt bei unserem Stand zusammengekommen sind!

Am 19. August 2010 fand im Rahmen des Ferienprogramms der Stadt Herbolzheim unser beliebter Kinderflohmarkt statt. Im Stadtpark konnten bei wunderschönem Wetter viele kleine Verkäuferinnen und Verkäufer ihre Kostbarkeiten feil halten. Unsere rührigen Ehrenmitglieder, Familie Penisch, zusammen mit einigen anderen Mitgliedern sorgten dabei fürs leibliche Wohl der Kinder mit einer kostenlosen gegrillten Wurst und einem Getränk.

#### Termine:

Der OV Herbolzheim möchte eine Fußgruppe zum Fasnachtsumzug am 6. März 2011 in Herbolzheim aufstellen. Ein mögliches Motto wäre dabei: „Familien nimmt man das letzte Hemd“. Am 12. Januar 2011, 20 Uhr sollen sich daran interessierte Familien im Nebenzimmer des Restaurants Dionysos (Felsenkeller) zu einer Vorbesprechung treffen.

Am Donnerstag, den 24. Februar 2011, 19 Uhr findet im Torhaus, Hauptstr. 60 in Herbolzheim anlässlich der anstehenden Landtagswahlen eine familienpolitische Veranstaltung mit u.a. Landtagskandidatin Sabine Wölfle (SPD) statt.

Am 26. Februar 2011 findet der Landesverbandstag in Stuttgart statt. (siehe Programm: Landesverband)

Unsere Jahreshauptversammlung wird am 23. März 2011, um 19.30 Uhr im Löwen (Hauptstr.) stattfinden.

### OV RADOLFZELL

#### Noch mehr Spiel und Spaß Freude über Spielgerät

DFV stiftet Sprossenwand für Kinderkrippe „Seepferdchen“.

Wenn Kinder strahlen, lachen und sich freuen, dann ist für sie die Welt in Ordnung. Grund zum Glücklichen hatten die Kleinsten der Kinderkrippe „Seepferdchen.“ Die Vorsitzende des Familienverbandes, Karin Vögele, übergab den Kindern und Betreuer-



innen eine nagelneue Sprossenwand, an der die Kinder viele Jahre ihren Spaß haben können. Die Kinderkrippe „Seepferdchen“ ist nur noch kurze Zeit in dem Gebäude an der Hadwigstraße untergebracht. Am 24. September beginnt der Umzug in die „Villa Maria“ in der Schützenstraße. Dort werden die Bedingungen sogar noch besser sein als im bisherigen Gebäude, das demnächst abgerissen werden soll. Im neuen Domizil stehen mehr Quadratmeter für Spielräume und Betreuung zur Verfügung. Morgens tollen im „Seepferdchen“ etwa 15 und mittags meist zehn Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und drei Jahren umher. Bis zu acht Betreuerinnen, Praktikantinnen und auch Schülerinnen kümmern sich tagsüber liebevoll um die Kinder, machen mit ihnen Spiele, singen und fungieren gelegentlich auch als Märchentanten. Wichtig ist, dass sich die Kinder in der Krippe wohlfühlen und ein Zuhause haben, in dem sie sich rundum geborgen fühlen dürfen. Mit der Sprossenwand wurde das Angebot um ein wichtiges Element erweitert. Damit können sich die Jüngsten nun auch etwas sportlich betätigen und dabei natürlich auch viel Spaß haben.



Susanne Schuhwerk und ihre Vorsitzende Karin Vögele vom Familienverband (von links) überreichen der Kinderkrippe „Seepferdchen“ eine Sprossenwand, mit und an der die Jüngsten viel Spaß haben werden.

Bild: Roland Dost

Artikel aus dem Südkurier 11. 09. 2010

#### Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber:** Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.

St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg  
Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30  
post@dfv-baden-wuerttemberg.de  
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

**Redaktion + Endkorrektur:** Uto R. Bonde

**Fotos:** Titelbild v. Uto R. Bonde

**Bankverbindung:** Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

**Produktion:** Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout); Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck)

Die nächste FN erscheint am 14. März 2011, Redaktionsschluss ist am 04. März 2011.

## Termine

### LANDESVERBAND

26.02.2011 Landesverbandstag mit Bildungsdemonstration in Stuttgart

### OV FREIAMT

11.12.2010 Winterwanderung  
16.00 - 18.00 h Anstelle einer Weihnachtsfeier laden wir zu einer besinnlichen Winterwanderung ein. Mehr Infos bei Heidi Reinbold, T: 07645/1444

### OV HERBOLZHEIM

12.01.2011 Vorbereitungstreffen für Faschnachts-  
20 Uhr umzug, Restaurant Dionysos

24.02.2011 Familienpolitische Veranstaltung  
19 Uhr Herbolzheim, Hauptstr. 60, u.a. mit Sabine Wölfle (SPD)

23.03.2011 Jahreshauptversammlung  
19.30 Uhr im Löwen, Hauptstraße